

# Petersberger Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

Juni 2023

## Anrufsammeltaxi ab 01.07.2023

**Um den Spät- und Wochenendverkehr in der Gemeinde Petersberg zu verbessern, hat die Gemeindevertretung beschlossen, den städtischen Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr der Stadt Fulda testweise auf Petersberg auszuweiten.**

Bereits im Januar 2022 hat die Gemeindevertretung auf Antrag von SPD und Linke.Offene Liste beschlossen, Marbach, Steinau und Steinhaus in den Abendstunden und an Wochenenden an das Anrufsammeltaxiangebot der Stadt Fulda anzubinden.

Nachdem die CDU geführte Verwaltung zunächst versuchte, die beschlossene Einführung aus Kostengründen abzulehnen, konnten wir wenigstens einen dreimonatigen Probetrieb zur Ermittlung der Kosten durchsetzen.

Nun endlich ist es soweit. Vom 01.07. bis zum 30.09.2023 wird Marbach, Steinau und Steinhaus auch in den Abendstunden und an Sonntagen durch das Anrufsammeltaxi kostengünstig erreicht und auch umgekehrt kann die Stadt Fulda kostengünstig erreicht werden.

Wir hatten durch einen Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 11. Mai eine umfassende Information der Bürger gefordert. Der

Bürgermeister sagte in der Gemeindevertretersitzung im Rahmen seiner Berichterstattung eine umfassende Information der Bürger zu. Wir gehen davon aus, dass dies zeitnah über die Gemeindezeitung erfolgen wird.

Nach unserer Ansicht ist es überfällig, dass die Gemeinde endlich eine Anbindung aller Ortsteile an den ÖPNV auch in den Abendstunden und an den Wochenenden realisiert. Daher werden wir weiterhin darauf drängen, ausreichend Finanzmittel bereitzustellen, um auch nach dem 30.09. die Anbindung zu erhalten

Hier die wesentlichen vereinbarten Regelungen:

Es gelten die Beförderungsbedingungen der RMV-GmbH unter sinngemäßer Anwendung auf die zur Fahrgastbeförderung eingesetzten Fahrzeuge (Taxen) im Bereich der Stadt Fulda und in Petersberg-Marbach, Petersberg-Steinau und Petersberg-Steinhaus.

Die Fahrten erfolgen nur bei Bedarf entsprechend den gültigen Fahrplänen.

Die Beförderung erfolgt ab Wohnung bzw. bis Wohnung des Fahrgastes.

Zur Durchführung der Beförderung ist eine Anmeldung des Fahrt-

wunsches mindestens 15 Minuten vor der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit mit Angabe der Personenzahl erforderlich.

Eine Fahrt kann über die App „föllsch mobil“ oder unter der Rufnummer (0661) 7 39 19 angemeldet werden. Gruppen haben nur bei ausreichender Platzkapazität einen Anspruch darauf, in einem Fahrzeug befördert zu werden. Für die Beförderung im AST-Verkehr ist neben dem Erwerb bzw. Besitz eines im jeweiligen Bereich gültigen RMV-Fahrausweises die Entrichtung eines Zuschlages pro Person und Fahrt erforderlich. Die Höhe des AST-Zuschlages pro Person und Fahrt beträgt 1,50 € für Erwachsene, 0,65 € für Kinder (6 bis 14 Jahre).

### Aus dem Inhalt

Seite 2

- Friedhofsstelen lassen auf sich warten
- Gelder für Seniorenveranstaltungen

Seite 3

- Kein Neubaugebiet in Margrethenhaun
- Wohncontainer für Asylbewerber

Seite 4

- Bürgermeisterwahl
- Überschüsse
- Kosten für Radwege
- Impressum

**DIE LINKE. Offene Liste**

**Seit 3 Jahren kein Fortschritt**

## **Friedhofsstelen lassen auf sich warten**

**Bereits am 28. Mai 2020 beschloss die Gemeindevertretung eine neue Friedhofsentwicklungsplanung.**

Grundlage war die Friedhofsentwicklungsprognose/-planung der Firma gisME vom September 2017 ergänzt durch Vorschläge der jeweiligen Ortsbeiräte.

Im Einzelnen wurde beschlossen, Barrierefreiheit bei zukünftigen Planungen bzw. dem Bau von Zuwegungen auf den Friedhöfen sicherzustellen, so dass die Grabstellen von Menschen mit Gehbeeinträchtigungen erreichbar sind. Dies gelte auch für Bestandsflächen im Rahmen der baulichen und topographischen

Möglichkeiten, so die Gemeindevertretung am 28. Mai 2020. Des Weiteren wurde die Errichtung von Urnenstelen beschlossen.

Nun 3 Jahre nach diesem Beschluss, ist auf vielen Friedhöfen noch wenig von diesem Konzept umgesetzt. Bisher wurden noch auf keinem Friedhof Urnenstelen angelegt. Vermehrt fragen Bürger, ab wann eine Stelen-Beerdigung möglich wird. Es muss geklärt werden, wann und auf welchem Friedhof diese Bestattungsform angeboten wird. Deshalb haben wir folgende Initiative in die Gemeindevertretung eingebracht:

**Beschlussvorschlag:**

„Der Gemeindevorstand stellt in der nächsten Sitzung des

Bauausschusses den aktuellen Stand der Umsetzung des Friedhofskonzeptes im Hinblick auf die Beschaffung und Aufstellung der Stelen auf den Petersberger Friedhöfen dar. Außerdem gibt er an, ab wann Stelen-Beerdigungen auf den einzelnen Friedhöfen möglich sein werden, und macht Vorschläge zur Anpassung der Friedhofsordnung.“

Leider sprach sich der Bürgermeister gegen die beantragte umfassende Information aus, da die Verwaltung noch nicht in der Lage sei konkrete terminliche Angaben zu machen. Bereits seit drei Jahren ist die Verwaltung beauftragt Stelen zu beschaffen, warum dies so lange dauert erschließt sich uns nicht.

## **Gelder für Seniorenveranstaltungen anpassen**

**Die Gemeindevertretung hat den Sozialausschuss beauftragt eine Anpassung der Gelder für Seniorenveranstaltungen vorzuschlagen.**

Die Ortsbeiräte erhalten jährlich ein Budget um Seniorenveranstaltungen durchzuführen. Nachdem die Corona-Beschränkungen aufgehoben wurden, können die Seniorenveranstaltungen wieder uneingeschränkt durchgeführt werden. In den vergangenen Jahren wurden - neben den Angeboten der Gemeinde - von den Ortsbeiräten zusätzliche Busfahrten,

Sommerversammlungen und Adventsfeiern mit diesen Mitteln finanziert.

Leider wurden diese Mittel in den letzten Jahren trotz Preissteigerungen nicht angepasst. Daher haben wir folgende Initiative in die Gemeindevertretung eingebracht:

„Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, bis zum September 2023 einen Vorschlag zu unterbreiten für eine Erhöhung der Mittel für die Ortsbeiräte zur Durchführung von Seniorenveranstaltungen. Der Vorschlag soll im Sozialausschuss

vorberaten und spätestens in der Gemeindevertretersitzung zur Haushaltsberatung zur Abstimmung gestellt werden.

Gleichzeitig soll beschlossen werden, dass die nicht genutzten Mittel für den jeweiligen Ortsteil in das Folgejahr übernommen werden.“

Erfreulich: Auch die anderen Fraktionen schlossen sich dieser Forderung an und stimmten unserem Ansinnen zu. Wir hoffen, dass es zu einer zeitnahen Anpassung der Mittel kommt.

**DIE LINKE. Offene Liste**

# Neubaugelände in Margrethenhausen scheitert

**Die Fortführung der Grunderwerbsverhandlungen zum Abschluss eines Optionsvertrages der Gemeinde zum Erwerb einer landwirtschaftlichen Fläche für ein neues Baugelände in Margrethenhausen wurde durch die Gemeindevertretung abgelehnt.**

Der Vorschlag der Fraktion Linke.Offene Liste, die Grunderwerbsverhandlungen zur Entwicklung eines Neubaugeländes und eines Kindergartens mit U3 Betreuung auf den Teilflächen von insgesamt ca. 16.500 m<sup>2</sup> in

der Gemarkung Margrethenhausen mit konkreten Maßgaben weiter zu verfolgen wurde abgelehnt.

Der Bürgermeister verwies auf den bereits erfolgten Erwerb des alten Kindergartengeländes und sah keinen weiteren Grundstücksbedarf für den Kindergarten.

Auch der Vorschlag des Bauausschusses, die Verhandlungen fortzusetzen und dabei den Kaufpreis zum Erwerb der Fläche zu deckeln, fand keine Mehrheit und wurde auch von

uns wegen der Höhe des Preises abgelehnt. Der Erwerbspreis für das neu geplante Baugelände in Steinhausen lag deutlich niedriger.

Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, einen neuen Kindergarten mit Erweiterungsmöglichkeiten in Margrethenhausen zu bauen. Bei den jetzigen Planungen ergibt sich laut Gemeindevorstand auf Grund der kleinen Grundstücksfläche keine Möglichkeit, eine zusätzliche Gruppe in Margrethenhausen zu realisieren.

# Wohncontainer für Asylbewerber

**Gegen unsere Stimmen hat die Gemeindevertretung beschlossen, überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 595.000 € für die Anschaffung und den Betrieb von Wohncontainern für Asylbewerber zu bewilligen.**

Hier unsere Stellungnahme in der Sitzung am 11. Mai:

Unsere Fraktion lehnt die heutige Beschlussfassung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 595.000,- Euro ab.

Erstens bezieht sich die Begründung der Ausgabe auf eine Rahmenvereinbarung mit dem Landkreis Fulda. Diese lag aber der Beschlussfassung nicht bei. Wir halten es für unabdingbar, alle Vereinbarungen zu kennen, bevor wir einer Maßnahme zustimmen. Außerdem stellt sich die Frage, warum beim Abschluss der Vereinbarung im letzten Jahr die Gemeindevertretung nicht beteiligt wurde.

Zweitens wurden bisher alle Ausgaben durch den Landkreis finanziert. Uns ist nicht bekannt, warum nun die Gemeinden beteiligt werden sollen.

Wir sind der Auffassung, dass der Landkreis auch weiterhin alle Kosten und auch Vorfinanzierungen übernehmen soll. Er ist derjenige der die Ausgaben mit dem Land und dem Bund abrechnet. Warum wir nun mit über einer halbe Million Euro in Vorleistung treten sollen, erschließt sich uns daher nicht.

Außerdem ist für uns die Frage der Standorte für solche Containerlösungen völlig unklar, zumal hier auch die jeweilige Infrastruktur zu klären wäre. Es reicht nicht, nur zu wissen, wo solche Container aufgestellt werden können, sondern auch die Situation der Kita-Plätze, Schulkapazitäten, Busanbindungen usw. muss geklärt werden.

Drittens erwarten wir bei einer solchen Maßnahme eine Stellungnahme der Integrationskommission. Sie ist nach der Gemeindeordnung zu allen wichtigen Angelegenheiten, die Ausländer betreffen, zu hören. Eine Stellungnahme der Integrationskommission liegt nicht vor.

Viertens setzen wir uns selbstverständlich für eine vernünftige Unterbringung der dem Kreis zugewiesenen Flüchtlinge ein. Ob Container die richtige Lösung sind, darf aber bezweifelt werden. Container dürfen maximal eine Übergangslösung sein. Daher wären der Kreis und die Gemeinden aufgefordert, endlich selbst Wohnraum anzumieten und, wenn dies nicht möglich ist, ihn zu schaffen.

## Bürgermeisterwahl am 08. Oktober

**Die Gemeindevertretung hat beschlossen, als Termin für die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters den 08.10.2023 und für eine etwaige Stichwahl den 05.11.2023 festzulegen.**

Seitens des Landes Hessen wurde der 08.10.2023 als Termin für die Landtagswahl festgelegt. Da am Wahltag viele ehrenamtliche Helfer gebraucht werden, ist es äußerst sinnvoll, die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und die Landtagswahl am selben Tag durchzuführen.

Der Kreistag hat für die Landratswahl ebenfalls den 08.10.2023 als Wahltag und den 05.11.2023 als Stichwahltag festgelegt. Daher wurde als Termin für die Stichwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters ebenfalls der 05.11.2023 festgelegt.

Die Fraktion die Linke.Offene Liste hat sich einstimmig für die Unterstützung der Kandidatin Claudia Brandes ausgesprochen.

Uns hat insbesondere ihre offene, ehrliche Art und ihr Zugehen auf die Bürger überzeugt. Wir sind überzeugt, mit ihr bekommt Petersberg eine Bürgermeisterin die zusammenführt und Petersberg weiter nach vorne bringt.

Vor allem besteht die Chance, dass auch in Petersberg endlich Sachpolitik Vorrang vor Parteipolitik bekommt.

Und wir glauben, dass mit Claudia Brandes die Politik in Petersberg transparenter wird und Bürger und Bürgerinnen stärker einbezogen werden. Uns jedenfalls hat Frau Brandes überzeugt. Deshalb hat sie unsere volle Unterstützung. Wir finden, es ist Zeit für einen Wechsel in Petersberg.

## Überschüsse

**Insbesondere Dank der gestiegenen Steuereinnahmen ist die Finanzlage der Gemeinde Petersberg weiterhin sehr gut.**

Mit der Verfügung vom 02.02.2023 hat der Fachdienst Revision des Landkreises Fulda den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 übersandt.

Das Jahr 2021 schließt mit einem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses von 2.622.703,28 EUR (geplant Verlust 819.400 EUR) ab. Dieser wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Im außerordentlichen Bereich schließt das Jahr 2021 mit einem Überschuss von 980.356,83 EUR (geplant Verlust 6.600 EUR) ab, der der Rücklage aus den Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt wird.

## Radwegkosten – Akteneinsicht

**Die Kostenexplosion bei dem geplanten Bau der Radwege nach Marbach und nach Rückers bedarf dringend einer Aufklärung.**

Die Kosten für die beiden geplanten Radwege übersteigen jeweils die ursprünglich angesetzten Kosten in einer Höhe von über 1 Million Euro. Die Maßnahme M39 wurde zunächst mit nur 150.000,- Euro veranschlagt. Die Maßnahme M171 wurde im Zuge des

Radwegkonzeptes überhaupt nicht von der Gemeindevertretung beschlossen. Die Gemeindevertretung hat am 11. Mai auf unseren Antrag hin einen Akteneinsichtsausschuss gebildet.

Die Gemeindevertretung hat den Haupt- und Finanzausschuss beauftragt, die Akteneinsicht vorzunehmen und ihr einen Bericht seiner Überprüfung vorzulegen.

Impressum:

Die Linke.Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg  
Kirschgrund 3  
36100 Petersberg

<https://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/infos/>

Vorsitzender:  
Michael Wahl  
Tel. 0661 64141  
E-Mail: michaelwahl@t-online.de

**DIE LINKE.** Offene Liste